

Gerhard Stickel

SCHLECHTE UND BESSERE ZEITEN FÜR DAS IDS

Das Krisenjahr und seine Vorgeschichte

Im Jahre 1976 war das Institut für Deutsche Sprache¹ in Not. Ich will in knappen Zügen skizzieren, wie es dazu kam und wie das IDS sich schließlich nach und nach gestärkt aus der damaligen Krise heraus entwickeln konnte. Dabei stütze ich mich auf die Jahresberichte des Instituts, auf Korrespondenz und andere Dokumente im Institutsarchiv und nicht zuletzt auf meine Erinnerungen als meist unmittelbar Beteiligter. Ich berichte vor allem über die Entwicklung der Organisation und der Finanzierung des Instituts. Die Geschichte der vielen und vielfältigen wissenschaftlichen Arbeiten des IDS und der daran beteiligten Mitarbeiter, die für die Adressaten des Instituts in Wissenschaft und Öffentlichkeit vermutlich interessanter ist, kommt dabei zu kurz. Sie wird aber in anderen Beiträgen in diesem Band ausgiebig behandelt.²

Es war 1976 nicht das erste Mal, dass das zwölf Jahre zuvor gegründete Institut in Schwierigkeiten steckte.³ Schon wenige Jahre nach seiner Gründung stand es kurz vor dem Aus. Im Oktober 1966 erst hatte der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit der Erforschung der deutschen Sprache an einer zentralen Stelle bestätigt und das IDS als für diese Aufgabe geeignet erklärt⁴. Doch nur dank einer Sonderzuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte das Institut aus akuter Geldnot gerettet werden. Im folgenden Jahr beteiligten sich das Land Baden-Württemberg und die Stadt Mannheim mit kleineren Anteilen an der laufenden Finanzierung. Ein größerer Teil der damaligen Personal- und Sachkosten wurde zum ersten Mal im Etat des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung (später: für Bildung und Wissenschaft, noch später: für Forschung und Technologie) ausgewiesen. Weil aber die eigentliche Etatisierung beim Bund aus haushaltsrechtlichen Gründen erst zur Jahresmitte erfolgte, hätte das Institut in der ersten Hälfte des Jahres 1967 geschlossen werden müssen, wenn nicht das Goethe-Institut mit einer Zwischenfinanzierung eingesprungen wäre.

¹ Die Schreibung des Institutsnamens und seiner Abkürzung haben sich mit den Jahren geändert. Das Adjektiv *deutsche* im Institutsnamen wurde bis Mitte der 90er Jahre durchweg klein geschrieben. Entsprechend war die Abkürzung IdS. Unter dem Einfluss der Rechtschreibreform setzte sich seit etwa 1996 die ‚Namengroßschreibung‘ des Adjektivs durch, also Institut für Deutsche Sprache. Entsprechend wird seitdem auch IDS geschrieben.

² Ausführliche Beschreibungen einzelner Projekte des IDS finden sich auch in Kämper/Eichinger (Hg.) (2007).

³ Zu den Gründerjahren des IDS siehe im einzelnen Stickel (2007).

⁴ Wissenschaftsrat (1966, S. 25).

In den Jahren danach entwickelte sich das Institut dank der Initiative seiner Gründer, der Forschungsproduktivität seiner Mitarbeiter und des Zuspruchs von Teilen der Universitätsgermanistik rasch zu einem Zentrum der deutschen und internationalen Germanistik. Dies ist auch den Jahresberichten zu entnehmen, die bis 2003 jeweils den Schlussteil der Jahrbücher des IDS bilden.⁵ Im Gründungsjahr bestand ein bemerkenswertes quantitatives Missverhältnis aus den wenigen angestellten Mitarbeitern und den vielen ehrenamtlichen Mitgliedern der Aufsichts- und Beratungsgremien des Instituts. Das Kuratorium als Aufsichtsorgan hatte auch in den folgenden Jahren 16 bis 19 Mitglieder, zumeist Germanistikprofessoren verschiedener deutscher, österreichischer und schweizerischer Universitäten, dazu noch Vertreter staatlicher Stellen. Hinzu kam als Beratungsorgan ein Wissenschaftlicher Rat, in den 1965 schon 30 ordentliche Mitglieder aus dem deutschen Sprachgebiet und 20 korrespondierende Mitglieder aus anderssprachigen Ländern berufen wurden. Das Zahlenverhältnis verschob sich aber bald zugunsten der Anzahl der Mitarbeiter. Dies, wie sich mehrere Jahre später zeigte, mit erheblichen Risiken.

Auf Ersuchen des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft nahm der Wissenschaftsrat 1971 erneut Stellung zum IDS und seinen Plänen.⁶ Er bestätigte nachdrücklich die Bedeutung der wissenschaftlichen Beobachtung und Untersuchung der deutschen Gegenwartssprache als Daueraufgabe eines zentralen Instituts und empfahl einen personellen Ausbau des IDS auf 80 bis 100 Planstellen. Befristete Projektstellen sollten in kleinerem Umfang hinzukommen können. In diesem Jahr hatte das Institut schon 70 Mitarbeiter. Für sie gab es aber nur 24 Planstellen. Die übrigen 46 Mitarbeiter wurden aus befristeten Projektmitteln verschiedener ‚Zuwendungsgeber‘ beschäftigt.

Größere befristet finanzierte Vorhaben waren damals die Beschreibung von „Grundstrukturen der deutschen Sprache“, die Erarbeitung mehrerer kontrastiver Grammatiken und der Aufbau einer Projektteilung für Linguistische Datenverarbeitung. Hinzu kamen mehrere kleine Projekte, über die ebenfalls in diesem Band gesondert berichtet wird. Getragen vom Optimismus der damaligen Leitung und gestützt auf die Empfehlung des Wissenschaftsrats wurden Mittel für weitere befristete Projekte eingeworben, dies in der Hoffnung, dass ein entsprechender Aufwuchs des etatisierten Haushalts erreicht werden könne. In der damals auch im Bundesforschungsministerium verbreiteten Computereuphorie erhielt das Institut 1974 beträchtliche Mittel für ein auf zwei Jahre befristetes Großprojekt *Linguistische Datenverarbeitung II*, bei dem es um die Entwicklung von automatischen Verfahren der Mensch-Maschine-Kommunikation in bestimmten Berufsbereichen ging. Für dieses

⁵ Seit 2004 erscheinen sie nur noch als separate Broschüren im Eigenverlag des Instituts.

⁶ Wissenschaftsrat (1971). Ausführlich zitiert in Stickel (1977, S. 3).

Vorhaben konnte das Institut kurzfristig über 50 neue Mitarbeiter einstellen, die aber auf die ‚Zentrale‘ des IDS in Mannheim und eine der Bonner Außenstellen verteilt waren. Außerdem konnte eine für damalige Verhältnisse recht große Rechenanlage beschafft werden.

So erreichte das Institut 1975 seinen bis dahin größten Personalstand mit 135 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon 80 wissenschaftliche Angestellte. Die anderen 55 waren technische Mitarbeiter, Verwaltungsangestellte, Bibliothekare und Schreibkräfte. Zu dieser Zeit war das IDS auf fünf Standorte verteilt: die relativ große Zentrale in Mannheim und Außenstellen in Bonn, Freiburg i.Br., Tübingen und Innsbruck. Einige der Außenstellen waren mit Projekten befasst, die von einzelnen Mitgliedern des Kuratoriums geleitet wurden. Die heikle Vermischung von Leitungskompetenz mit den Aufgaben eines Aufsichtsorgans war den damals beteiligten Kuratoriumsmitgliedern anscheinend nicht bewusst. Die anderen Außenstellen waren vormals eigenständige Einrichtungen, die dem Institut im Wege einer ‚Bereinigung‘ der öffentlichen Forschungsfinanzierung angegliedert worden waren.⁷ Für die insgesamt 135 Angestellten an den verschiedenen Orten gab es aber nur 33 feste Stellen, darunter lediglich 15 für Wissenschaftler. Die anderen 102 Mitarbeiter wurden aus den verschiedenen befristeten Projektmitteln bezahlt. Wie sehr hierdurch die Organisation und Arbeitsplanung des Instituts erschwert wurde, ist unter anderem den archivierten Arbeitsplänen der Jahre 1974 und 1975 zu entnehmen. Sie sehen mal eine Gliederung in fünf Abteilungen und mal in eine Zentralabteilung und fünf Schwerpunkte vor und bieten eine Mischung aus tatsächlich finanzierbaren Arbeiten und Vorhaben, für die Förderungsmittel lediglich erhofft wurden.

In der Hoffnung auf Nachbewilligung von Projektgeldern wurden mehrere Mitarbeiter von Projekten, die bis Ende 1974 befristet waren, im Folgejahr weiterbeschäftigt. Ohne solche Hoffnungen auf künftige Einnahmen hätte das IDS schon seine ersten Jahre nicht überlebt. Diesmal erfüllten sich die Erwartungen nicht. Die erhofften zusätzlichen Mittel wurden nicht bewilligt. Die Weiterbeschäftigung der betroffenen Mitarbeiter wirkte sich als Überschreitung der tatsächlich verfügbaren Haushaltsmittel aus. Hinzu kam, dass die Bundesmittel für das relativ große Projekt „Linguistische Datenverarbeitung II“ zum Jahreswechsel 1975/76 auf die Hälfte gekürzt wurden. Allein durch diese Maßnahme verloren 28 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze.

Als sich im Frühsommer 1976 abzeichnete, dass mit Nachbewilligungen nicht mehr gerechnet werden konnte, kam es zum Eklat. Der Geschäftsfüh-

⁷ Es waren das *Deutsche Spracharchiv*, die *Forschungsstelle für Nationalitäten- und Sprachenfragen* und die Redaktion der Zeitschrift *Germanistik*, deren Finanzierung unterhalb einer damals vom Bund festgelegten Grenze von jährlich je 1 Mio. DM lag.

rende Direktor Ulrich Engel trat zurück. Von den zuständigen Bundes- und Landesministerien wurde die Schließung des Instituts erwogen. Aber dank intensiver Bemühungen des Kuratoriums, der Mitarbeitervertretung und des damaligen Mannheimer Oberbürgermeisters Ludwig Ratzel konnte dies abgewendet werden.

Ich war erst im März 1976 Nachfolger des ausgeschiedenen zweiten Direktors Paul Grebe geworden. Zum 1. Juli wurde ich nun zum Geschäftsführenden Direktor bestellt, nachdem ich in Gesprächen mit Beamten des Bundesministeriums für Forschung und Technologie Wege zum Erhalt des Instituts erkundet hatte. Mir wurde dabei die Möglichkeit zur Sanierung des IDS geboten, die meinem Vorgänger verwehrt worden war.

Die Sanierung bedeutete freilich, dass weitere Projektmitarbeiter nach Ablauf ihrer Verträge nicht gehalten werden konnten. Seit Anfang 1976 wurden in diesem Zusammenhang von 30 Mitarbeitern, denen eine Weiterbeschäftigung nicht zugesagt werden konnte, und den Betriebsräten der Mannheimer Zentrale und der Bonner Außenstellen insgesamt 90 Arbeitsgerichtsprozesse gegen das Institut angestrengt. Eine der Folgen war ein Sozialplan, aus dem Ansprüche in Höhe von rund einer halben Million DM erwuchsen. Ich hatte bei diesen Rechtsstreiten das Institut als Arbeitgeber zu vertreten. Wie ich heute zugeben kann, war ich froh, dass nicht alle Prozesse für das IDS gewonnen wurden. Von den 135 Angestellten, die das Institut 1975 gehabt hatte, blieben zwei Jahre später nur 96 übrig, darunter mehrere, die sich ihre Weiterbeschäftigung erfolgreich erstritten hatten. Weil die Volkswagenstiftung schließlich doch noch Mittel für eines der Projekte nachbewilligte und das Bundesministerium für Forschung und Technologie die zunächst angekündigte Rückforderung eines erheblichen Teils seiner Zuschussmittel zurückstellte, war der Fortbestand des Instituts fürs Erste gesichert.⁸

Mühsame Konsolidierung

Ich hatte zu der Zeit neben meiner Vorstellung von den Aufgaben einer zentralen Forschungseinrichtung für die ‚Landessprache‘ zwar gewisse organisatorische Erfahrungen, war aber unerfahren in Verwaltungsdingen und einschlägigen Rechtsgebieten wie Haushalts- und Arbeitsrecht. Zu den Bedingungen, die ich vor der Übernahme der Leitungsaufgabe genannt hatte, gehörte deshalb die Anstellung eines Fachmanns für die Institutsverwaltung. Hierzu wurde ein Beamter vom Bundesministerium für Forschung und Technologie beurlaubt und beim Institut als Verwaltungsdirektor angestellt. Eine Sanierung des Instituts im kaufmännischen Sinn wurde 1977 erreicht.

⁸ Der Rückforderungsanspruch des Bundes wurde noch mehrere Jahre aufrechterhalten, dann aber stillschweigend aufgegeben.

Die akuten finanziellen Probleme waren gelöst. Die chronischen Schwierigkeiten blieben jedoch, weil eine nachhaltige Konsolidierung der wirtschaftlichen Basis des Instituts noch längere Zeit auf sich warten ließ. Das strukturelle Problem, nämlich das ungünstige Verhältnis aus einer kleinen Anzahl fester Stellen und einer großen Anzahl unterschiedlich befristeter Projektstellen bestand weiterhin.

Nach Beratungen mit Kollegen im Institut und einzelnen Mitgliedern des Kuratoriums⁹ veröffentlichte ich im September 1977 ein Memorandum mit dem Titel *Schwierigkeiten, das Institut für deutsche Sprache zu erhalten* (Stickel 1977). Diese Denkschrift war an das Kuratorium und die für den Instituts-haushalt zuständigen Ministerien gerichtet. Sie wandte sich außerdem an die mit kultur- und haushaltspolitischen Aufgaben befassten Bundestags- und Landtagsabgeordneten. Ich erhoffte zudem, damit auch das Interesse der Medien für das gefährdete Institut und seine Arbeit gewinnen zu können.

Im Hinblick auf die wissenschaftlichen Aufgaben des Instituts stellte ich ausführlich seine heikle finanzielle Situation dar, die eine sinnvolle Koordination der laufenden Forschungsarbeiten und wissenschaftlichen Dienste sowie eine längerfristige realistische Planung kaum zuließ. Der ‚gemischte‘ Gesamthaushalt des Instituts setzte sich ja auch nach der Sanierung noch 1977 aus nur 40% etatisierten Haushaltsmitteln und 60% Projektmitteln verschiedener Stellen zusammen. Es waren dies die Deutsche Forschungsgemeinschaft (für zeitweilig sechs kleine Projekte), das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und die Volkswagenstiftung. Ich wies daraufhin, dass fast alle diese sogenannten Drittmittel genau wie die Grundfinanzierung des Instituts direkt oder mittelbar aus öffentlichen Haushalten stammten, jedoch streng getrennt nur für unterschiedlich befristete Vorhaben vergeben waren und zudem nach unterschiedlichen Vorschriften bewirtschaftet werden mussten. Damit sei, wie ich betonte, unter anderem ein Verwaltungsaufwand verbunden, der in keinem vernünftigen Verhältnis zur Größe des Instituts stehe. Bezeichnenderweise gab es in diesem Jahr nur 17 Planstellen für Wissenschaftler, aber 27 für nichtwissenschaftliche Angestellte. Das Institut litt also weiterhin an einer finanziell bedingten organisatorischen Kurzatmigkeit, wie sie auch für viele projektgeförderten Arbeiten an den Hochschulen bestand (und auch heute zum Teil noch besteht). Längerfristige Perspektivplanungen für die Forschung lösten sich immer wieder in hektisch erstellte Notprogramme für kleine Arbeitsbereiche auf. Eine Zusammenfassung der verschiedenen Fördermittel der ‚öffentlichen Hände‘ in einem Haushalt hätte,

⁹ Besonders hilfreich war dabei der Rat von Siegfried Grosse, dem späteren Präsidenten des Kuratoriums.

wie ich argumentierte, eine größere Planungssicherheit und einen geringeren Verwaltungsaufwand bedeutet.

Wie ich im Einzelnen darlegte, bestand ein Teil der Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Aufnahme des IDS in die „Blaue Liste“, das heißt, die Liste der gemeinsam vom Bund und den Ländern geförderten Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten. Seitdem wurde und wird weiterhin der institutionelle Haushalt des IDS je zur Hälfte vom Bund und der Ländergemeinschaft, vertreten durch Baden-Württemberg als ‚Sitzland‘ des Instituts, getragen.¹⁰ Was sich später als vorteilhaft erwies, erschwerte damals die wirtschaftliche Konsolidierung. Die erklärten Bemühungen des Bundesministeriums für Forschung und Technologie um eine Vermehrung der festen Stellen im Institut wurden vom baden-württembergischen Kultusministerium, das nun die Federführung hatte, zunächst nur zögernd mitgetragen. Vertreter dieses Ministeriums erklärten wiederholt, die Konsolidierung des Instituts stoße auf Finanzierungsprobleme, die allenfalls längerfristig zu lösen seien. Hinzu kam das haushaltstechnische Problem, dass der Bund einen jährlichen Haushalt, das Land aber einen Zweijahreshaushalt hatte. Die Verhandlungen über den Grundhaushalt des Instituts und dessen Vollzug wurden hierdurch noch komplizierter und zeitraubender als zuvor, weil die staatliche Genehmigung wegen der strikten 50:50-Finanzierung jeweils von zwei Stellen erwirkt werden musste. Und wenn eine davon nicht einverstanden war, ging nichts, wie sich gelegentlich zeigte. Für die laufenden wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts war damit die Gefahr verbunden, dass sich der Personalschwund fortsetzen würde. Den eingearbeiteten wissenschaftlichen Mitarbeitern, die aus Projektmitteln beschäftigt wurden, konnten ja im Institut keine verlässlichen Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Zusammenfassend legte ich dar, die damals gegebene wirtschaftliche Lage des IDS

- *wirkt sich nachteilig auf die Qualität der laufenden Arbeiten aus,*
- *behindert die Koordination der verschiedenen Forschungsaufgaben,*
- *verhindert eine sinnvolle längerfristige Arbeitsplanung,*
- *erfordert einen unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand,*
- *ist insgesamt mit zu hohen wirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und sozialen Risiken verbunden*
- *und gefährdet deshalb die Funktionsfähigkeit, ja sogar die Existenz des IdS.* (Stickel 1977, S. 24)

¹⁰ Die damals in der „Blauen Liste“ verzeichneten rund 80 wissenschaftlichen Einrichtungen schlossen sich Ende der 90er Jahre unter aktiver Beteiligung des IDS zu der *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz* zusammen. Dieser Organisation, die sich seit mehreren Jahren vereinfachend *Leibniz-Gemeinschaft* nennt, gehört das IDS weiterhin an. Vgl. dazu den Beitrag von Plewnia in diesem Band.

Als wünschenswerten Ausweg stellte das Memorandum eine aktualisierte Fassung des Stufenplans zur Konsolidierung des Institutshaushalts vor, der schon in den Vorjahren vorgeschlagen worden war, und skizzierte die größeren wissenschaftlichen Aufgaben und wissenschaftlichen Dienste, die von einer zentralen Einrichtung zur Erforschung und Dokumentation der Landessprache zu erwarten waren. Im Wesentlichen galt und gilt eine solche Aufgabenbestimmung weiterhin.

Das Memorandum hatte eine überraschend starke Resonanz. Eine Kleine Anfrage im Landtag von Baden-Württemberg nach der Bereitschaft der Landesregierung zur Unterstützung des IDS (Drs. 7/2729 vom 3.11.1977) wurde vom zuständigen Ministerium positiv beantwortet.¹¹ Der Bundesminister für Forschung und Technologie bekundete in einem persönlichen Schreiben den Willen zur wirtschaftlichen Konsolidierung des Instituts.¹² Mehrere Parlamentarier von Bund und Land erklärten brieflich ihr Bemühen, das Institut zu unterstützen. Artikel in mehreren regionalen und überregionalen Zeitungen nahmen Bezug auf das Memorandum. Im Februar 1978 verabredeten schließlich Vertreter der an der Finanzierung des IDS beteiligten Bundes- und Landesministerien einen Konsolidierungsplan, durch den die schon seit Jahren beabsichtigte, aber immer wieder aufgeschobene Stabilisierung der Institutsfinanzen erreicht werden sollte.

Nach diesem Plan sollte die Anzahl der 1978 vorhandenen 46 Planstellen in den folgenden drei Jahren stufenweise auf 76 bis 80 Stellen vergrößert werden. Parallel hierzu sollte die noch immer große Anzahl der mit Projektmitteln finanzierten befristeten Stellen schrittweise reduziert werden. Damit bestand die Aussicht, dass sich das Institut auf diese Weise zunächst nicht vergrößern, aber für eine realistische Planung und die sinnvoll koordinierte Durchführung seiner Forschungsprogramme eine solide wirtschaftliche Basis gewinnen werde. Ganz so zügig wie geplant ging es dann aber doch nicht.

Die Bemühungen um eine Konsolidierung des Instituts wurden zunächst auch durch ein akutes Personalproblem erschwert: Der 1976 von Bonn nach Mannheim als Verwaltungsdirektor entsandte Ministerialbeamte bot für die erforderlichen administrativen Arbeiten sehr bald nur wenig Hilfe. Er musste wegen erheblicher Verstöße gegen geltende Haushaltsbestimmungen nach zwei Jahren wieder entlassen werden.¹³ Für die Leitung der Institutsverwaltung wurde dann aber ein pensionierter Beamter der

¹¹ Schreiben des baden-württembergischen Kultusministeriums vom 23.1.1978.

¹² Schreiben von Bundesminister Matthöfer an Hugo Moser vom 25.11.1977.

¹³ Bei den schwierigen rechtlichen Auseinandersetzungen in dieser Personalangelegenheit wurde ich von Heinz Rupp, dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums, wirkungsvoll unterstützt.

Mannheimer Stadtverwaltung gewonnen, der unter anderem bald für Klarheit in der Haushaltsführung des Instituts sorgte.

In Erwartung der in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Konsolidierung konnte das Leitungsgremium aus Direktor, Abteilungsleitern und gewählten Vertretern der wissenschaftlichen Mitarbeiter 1978 zum ersten Mal einen realistischeren mittelfristigen Arbeitsplan erarbeiten, der nach kleineren Änderungen vom Kuratorium genehmigt wurde.¹⁴ Der Plan sah eine Zusammenfassung der bisherigen fünf Abteilungen, darunter der Projektbereiche *Kontrastive Linguistik* und *Linguistische Datenverarbeitung*, zu nur drei Abteilungen vor, und zwar für

- *Grammatik und Lexik*
- *Sprache und Gesellschaft*
- *Wissenschaftliche Dienste*

In diese drei Abteilungen sollten auch die noch bestehenden Außenstellen des Instituts eingegliedert werden. Zum ersten Mal wurden auch „Richtlinien für die wissenschaftliche Arbeit des Instituts für deutsche Sprache“ entwickelt, die das Kuratorium ebenfalls genehmigte.¹⁵ Nach meiner Erinnerung wurde freilich in der praktischen Arbeit auf diese Richtlinien wie auch auf ihre späteren modifizierten Versionen kaum Bezug genommen. Zu den beschlossenen organisatorischen Änderungen gehörte, dass das zeitweilige Vorstandsmodell aus einem wissenschaftlichen Direktor und einem Verwaltungsdirektor in der neuen Institutssatzung zu einem Vorstand aus zwei Wissenschaftlern geändert wurde, von denen einer jeweils die Funktion des Geschäftsführenden Direktors haben sollte. Zu dieser Doppelspitze kam es aber erst vier Jahre später.

Der weitere Auf- und Umbau

Die Konsolidierung und der weitere Aufbau verlangten noch mehrere Jahre „langames Bohren von harten Brettern“ (Max Weber 1919, S. 66). Die Umsetzung des Stufenplans verzögerte sich. Statt der für 1979 in Aussicht gestellten zehn zusätzlichen Planstellen konnten nur sieben neue Stellen eingerichtet werden. Mit dem organisatorischen Umbau wurde aber in diesem Jahr begonnen. Die Freiburger Außenstelle und zwei der Bonner Außenstellen wurden in die Zentrale nach Mannheim verlegt. Noch blieben aber eine größere Außenstelle in Bonn und zwei kleine Arbeitsgruppen in Innsbruck und Tübingen.

¹⁴ Genehmigt am 8.9.1978. Arbeitspläne hatte es auch vorher schon gegeben. Die ‚mittelfristigen‘ Pläne für die Jahre 1976-1980 und schon bald danach für die Jahre 1977-1981 waren aber jeweils schon kurz nach Eintritt in den geplanten Zeitraum durch die ungünstigen finanziellen Bedingungen überholt.

¹⁵ Text der Richtlinien in Mentrup (1979, 361f.).



Abb. 1:
Doppelspitze Stickel
und Wimmer

Im folgenden Jahr verzögerte sich der geplante Aufbau des Grundhaushalts weiter. Nur drei neue Planstellen wurden bewilligt. Mit und zwischen den beteiligten Ministerien wurde der Plan zum weiteren Aufbau erneut verhandelt und aktualisiert. Danach sollte drei Jahre später, also bis 1983, der Ausbau des IDS zu einer seinen Aufgaben entsprechenden Größe abgeschlossen werden. 1980 wurde die zuvor geplante Umgliederung in drei Abteilungen vollzogen. Die letzte bis dahin in Bonn verbliebene Außenstelle wurde aufgelöst und drei der wissenschaftlichen Mitarbeiter nach Mannheim versetzt.¹⁶ Die wissenschaftliche Arbeitsplanung für die kommenden Jahre konnte mit einer Gutachtergruppe des Wissenschaftsrats ausgiebig erörtert werden. Das ausführliche Gutachten des Wissenschaftsrats erschien im Folgejahr, also 1981.¹⁷ Darin wird die Bedeutung des IDS als Einrichtung zur Erforschung der deutschen Gegenwartssprache ausdrücklich betont. Dem Institut wird aber empfohlen, sich stärker als in der Vergangenheit auf einige wenige große For-

¹⁶ Zu dieser zeitweilig recht großen Bonner Außenstelle siehe den Beitrag von Hellmann in diesem Band.

¹⁷ Wissenschaftsrat (1980, S. 9-24).

schungsvorhaben zu konzentrieren. Gerade diese Empfehlung war mir wie einem Teil der Kollegen im Institut ohne Weiteres plausibel. Ihre praktische Umsetzung erwies sich aber immer wieder als schwierig, weil auch geplante größere Vorhaben dazu tendierten, sich in separate Forschungen einzelner Mitarbeiter aufzulösen. Der vom IDS wiederholt genannte Bedarf an wissenschaftlichem Personal für seine Aufgaben wurde vom Wissenschaftsrat bestätigt. Die Aussichten für die Umsetzung der Planung verbesserten sich in diesem Jahr auch deshalb erheblich, weil von Bund und Land Mittel für zehn neue Planstellen bewilligt worden waren. Da die so genannten Projektstellen weiter reduziert wurden – wie zuvor vom IDS zugesagt – schrumpfte das Institut im Jahr 1981 auf den seit langem niedrigsten Personalstand von insgesamt nur 79 Stellen, davon aber nur noch 12 aus befristeten Projektmitteln. Der Aufbau und Ausbau einer soliden wirtschaftlichen Basis ging also langsam, aber stetig weiter. Im Jahr 1982 konnte der Institutsvorstand ergänzt werden. Er bestand von da an für zwölf Jahre aus zwei Wissenschaftlern, nachdem Rainer Wimmer von der Universität Heidelberg für das Institut gewonnen werden konnte. Mit ihm löste ich mich im Zweijahresturnus bis 1994, als er einen Ruf an die Universität Trier annahm, in der Geschäftsführung ab.

Bis 1985 wurde die wirtschaftliche Konsolidierung des Instituts im Wesentlichen abgeschlossen. Der Jahresbericht 1985 verzeichnet 80 Planstellen, davon 44 für wissenschaftliche Angestellte. Zu einem weiteren Ausbau kam es fürs Erste nicht mehr. Die Personalstruktur war aber noch unausgewogen. Die Anzahl der Stellen für Verwaltung und Bürokräfte war schon wegen der technischen Neuerungen in diesen Arbeitsbereichen im Verhältnis zur Anzahl der Wissenschaftlerstellen recht groß. Für die größeren Forschungsvorhaben fehlten dagegen noch einige Stellen. Eine funktionsgerechtere Verteilung wurde erst sechs Jahre später im Zuge einer erheblichen Erweiterung des Instituts erreicht. Bis dahin behalf sich das Institut für einige seiner wissenschaftlichen Arbeiten erneut mit Projektmitteln, die aber sehr begrenzt blieben und zu keiner Schieflage des Institutshaushalts führten.

Zum Beginn des Jahres 1985 wurde die Abteilungsgliederung erneut geändert. Weil sich die Arbeiten der Forschungsabteilung *Grammatik* und *Lexik* insgesamt als zu umfangreich und verschiedenartig erwiesen hatten, wurde dieser komplexe Arbeitsbereich in die beiden Abteilungen *Grammatik* und *Lexik* mit je eigener Leitung geteilt. Als weitere Organisationsbereiche blieben die Abteilungen *Sprache und Gesellschaft* und *Wissenschaftliche Dienste*. Die Innsbrucker Außenstelle mit ihren aufwendigen Forschungen zur deutschen Wortbildung wurde 1986 geschlossen. Die mit dieser Aufgabe befassten Mitarbeiterinnen blieben an der Universität Innsbruck, wo sie die Ergebnisse

publikationsreif machten.¹⁸ Als Außenstelle verblieb nur noch die Redaktion der Zeitschrift *Germanistik* in Tübingen, die dem Institut aber nur finanziell angegliedert war.¹⁹ Mit der Schließung aller anderen Außenstellen und der Verlegung eines Großteils ihrer Aufgaben nach Mannheim war auch ein wesentlicher Teil der vom Wissenschaftsrat und den staatlichen Stellen empfohlenen organisatorischen Konsolidierung des IDS im Jahr 1986 abgeschlossen. Kennzeichnend für den erreichten Gesamtzustand des Instituts war, dass in diesem Jahr die konzeptionellen und methodischen Vorbereitungsarbeiten für mehrere größere Forschungsvorhaben abgeschlossen wurden und mit den Hauptarbeiten begonnen werden konnte. Zu nennen sind vor allem *Die Grammatik des heutigen Deutsch* und *Das Lexikon der schweren Wörter*²⁰ in den beiden neuen Abteilungen. In der Abteilung *Sprache und Gesellschaft* konnten zwei größere Vorhaben fortgeführt werden. Unter den *Wissenschaftlichen Diensten* ist in diesem Jahr besonders der weitere Ausbau der computergestützten Korpora und entsprechender Auswertungsverfahren zu erwähnen sowie mehrerer Dokumentationen, die ebenfalls vor allem zur Unterstützung der Arbeiten in den drei anderen Abteilungen bestimmt waren. Von Forschungen zu gesonderten computerlinguistischen Themen wurde nach den Erfahrungen mit der früheren, relativ eigenständigen Abteilung *Linguistische Datenverarbeitung* abgesehen.

Und weiter zur Wende

1989 wurde das Institut 25 Jahre alt. Es hatte Grund zu feiern und sich feiern zu lassen. In den vorausgegangenen vier Jahren war es nicht gewachsen, konnte aber auf einer festeren wirtschaftlichen Basis arbeiten. Neben den Grußworten von Bundes- und Landesministern und anderen Honoratioren zur Eröffnung der Jahrestagung ist besonders bemerkenswert das Grußwort von Joachim Schildt, dem damaligen stellvertretenden Direktor des Zentralinstituts für Sprachenwissenschaft (ZISW) der Akademie der Wissenschaften der DDR (Stickel 1990, S. 18). Der knappe Text mit den naheliegenden Wünschen ist kennzeichnend für die schon erreichten guten Beziehungen zwischen dem IDS und dem ZISW.

Jahrelang waren Einladungen an Wissenschaftler des ZISW zu Tagungen des IDS unbeantwortet geblieben. 1983 schrieb der Basler Germanist Heinz Rupp als Präsident des IDS-Kuratoriums dem damaligen Hochschulminister der DDR Hans-Joachim Böhme und schlug eine Zusammenarbeit im Bereich

¹⁸ Näheres in Pümpel-Mader/Ortner/Müller-Bollhagen in diesem Band.

¹⁹ Sie ging 1988 in neue Trägerschaft über.

²⁰ Die Ergebnisse erschienen später unter den Titeln *Grammatik der deutschen Sprache* bzw. *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist*. Siehe hierzu die Beiträge von Zifonun und Haß in diesem Band.

Heinrich Löffler

Prof. Dr. Heinz Rupp

Geboren am 2. Oktober 1919 in Stuttgart, gestorben am 9. September 1994 in Basel. Nach einer Handelslehre in Stuttgart von 1937-40 war H. Rupp als Gebirgsjäger Kriegsteilnehmer in Russland, Frankreich und Italien. Im Kriegsgefangenenlager in Rimini lernte er 1945 seinen späteren Mentor und Freund Hugo Moser kennen. Nach dem Krieg studierte er Germanistik und Geschichte, Latein und Philosophie in Tübingen und Freiburg i.Br. Nach dem Staatsexamen und Doktorat in Freiburg war er von 1949 bis 1956 dort der erste Assistent von Friedrich Maurer. Nach der Habilitation 1956 und einem Extraordinariat an der Univ. Mainz war er von 1959-1988 o. Prof. für Deutsche Philologie in Basel, seit 1971 Schweizer Bürger. Heinz Rupp hat das Fach Deutsche Philologie/Ältere Abteilung noch in seiner ganzen Breite vertreten. Von Hause aus war er eher Mediävist und Literaturhistoriker (Heliand und Otfried und andere Religiöse Dichtungen des MA), später lagen seine Schwerpunkte vermehrt auf dem Gebiet der Sprache in Vergangenheit (Wortforschung) und zunehmend

auch der Gegenwart (Umgangssprache, Sprache und Politik u.a.).

H. Rupp war von 1980 bis 85 Präsident der Internat. Vereinigung für Germanische Sprach- und Literaturwissenschaft und organisierte 1980 deren Weltkongress in Basel. Von 1981-1988 war er Präsident des Instituts für Deutsche Sprache als Nachfolger von Hugo Moser, nachdem er seit 1975 dessen Stellvertreter und bereits seit 1968 Mitglied des Kuratoriums gewesen war. Zu seinen Aufgaben als Vizepräsident gehörte die erste große Restrukturierung des IDS nach den strukturellen Krisenjahren 1973-76. Als Präsident konnte er die eingeleitete Konsolidierung fortsetzen. Dabei kamen ihm die Erfahrungen zugute, die er in Basel von 1971-1985 als Präsident der „Koordinationskommission“ der Universität (heute würde man „Kanzler der Universität“ sagen), gewonnen hatte. 1978 wurde er mit dem Dudenpreis der Stadt Mannheim ausgezeichnet und 1987 erhielt er das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.



der Germanistik vor.²¹ Im selben Jahr traf ich am Rande der Internationalen Deutschlehrertagung in Budapest mit zwei Ministerialbeamten der DDR zusammen. Nach einigen west-östlichen Sticheleien schlug ich den beiden Herren vor, künftig „keine schlechten Eishockeyspieler, sondern gute Linguisten“ nach Mannheim zu entsenden. Am nächsten Tag versicherte mir einer der beiden, bei der Jahrestagung 1984 werde „die DDR-Germanistik ihre Premiere beim IDS“ haben. Tatsächlich nahmen an dieser Tagung zwei Kollegen vom ZISW mit Vorträgen teil.²² Und auch in den folgenden Jahren kamen Wissenschaftler des ZISW zu Tagungen des IDS oder verbrachten

²¹ Rupp berichtete mündlich über diese Kontaktaufnahme. Sein Brief ist leider nicht archiviert.

²² Siehe die Beiträge von Dieter Nerius und Woldietrich Hartung in Wimmer (Hg.) (1985).

Arne Ziegler

Prof. Dr. Dr. hc. mult. Siegfried Grosse



Siegfried Grosse wird am 22. Oktober 1924 in Grimma (Sachsen) geboren. Nach dem Studium der Fächer Germanistik, Anglistik, Latinistik und Philosophie in Freiburg im Breisgau promoviert er 1952 bei Friedrich Maurer zum Dr. phil., habilitiert sich nach erfolgreich absolviertem Referendariat und der zweiten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien 1963 und erhält die *Venia legendi* für das Fach Germanische Philologie. Bereits ein Jahr später erfolgt die Ernennung zum ordentlichen Professor an der Ruhr-Universität Bochum, wo er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1990 den Fachbereich für Ältere Germanistik und Germanistische Sprachwissenschaft leitet. Die wissenschaftliche Karriere Siegfried Grosses ist von Beginn an mit dem Institut für Deut-

sche Sprache untrennbar verbunden. Von 1964 bis 1999 ist er hier in unterschiedlichen Funktionen, u.a. als ständiges ordentliches Mitglied des Wissenschaftlichen Rates tätig. Von 1981-1987 lenkt er dabei zunächst als Vizepräsident, dann von 1987-1993 als Präsident die Geschicke des IDS maßgeblich. Die Meriten, die sich Siegfried Grosse im Laufe seiner wissenschaftlichen Arbeit verdient hat, sind zahlreich. Er ist u.a. Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse sowie der Leibniz-Medaille der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz. Im Jahr 2000 wird Siegfried Grosse im Alter von 75 Jahren der Konrad-Duden-Preis der Stadt Mannheim verliehen.

Forschungsaufenthalte in Mannheim. 1987 besuchten Siegfried Grosse, der damalige Präsident des Kuratoriums, und ich das ZISW in Ostberlin und wurden kollegial-freundlich aufgenommen (Grosse 2007). Nach und nach wurde so die Trennung zwischen west- und ostdeutscher Germanistik überbrückt, die in den 60er Jahren eines der Motive für die Gründung des IDS gewesen war. Ein Kooperationsvertrag, der eine enge Zusammenarbeit zwischen ZISW und IDS vorsah, wurde im Winter 1989/90 entworfen. Wie eng sich die west-ostdeutsche Zusammenarbeit schon kurz darauf entwickeln würde, war aber auch dann noch nicht abzusehen.²³

Das Jahr 1990 war auch für das IDS geprägt durch die neuen Perspektiven, die sich für die Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ergaben. Der noch auf der Basis der Existenz zweier deutscher Staaten vorbereitete Kooperationsvertrag zwischen IDS und ZISW war schon im Herbst 1990 durch die politische Entwicklung überholt. Bereits im September dieses Jahres konnte aber die Zusammenarbeit mit dem ZISW in einem vom Bundesministerium für For-

schung und Technologie geförderten gemeinsamen Projekt konkretisiert werden. In einer *Gesamtdeutschen Korpusinitiative* wurden aus Zeitungen und anderen Dokumenten, die in der Zeit vom Herbst 1989 bis zum Winter 1990 erschienen waren, Texte im Gesamtumfang von 4 Millionen laufenden Wörtern ausgewählt und maschinenlesbar erfasst.²⁴ Hierzu verbrachten auch vier jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZISW eine zehnwöchige Fortbildung am IDS. Das in Berlin und Mannheim erfasste linguistisch und zeitgeschichtlich interessante *Wende-Korpus* konnte im Folgejahr im Wesentlichen abgeschlossen werden. Es wird seitdem zusammen mit anderen Teilkorpora des Instituts für verschiedene Vorhaben genutzt.

In den Jahren 1991 und 1992 war das Institut besonders intensiv mit Folgen der Vereinigung der vormals getrennten deutschen Staaten befasst. Insbesondere galt es, konstruktiv auf die Probleme einzugehen, die sich aus der Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR und mit der „Abwicklung“ der Akademie-Institute bzw. ihrer Neuordnung ergaben. Dabei versuchte das IDS in erster Linie, auf den Erhalt der Gesamtkapazität für die Erforschung und Dokumentation der Landessprache in dem nun geeinten Deutschland hinzuwirken. Vorstand und Kuratorium bekundeten gegenüber staatlichen Stellen und Wissenschaftsrat wiederholt, dass dies am besten in enger Zusammenarbeit zwischen dem IDS und den germanistisch-linguistischen Forschungsgruppen des Berliner ZISW zu erreichen sei, und zwar möglichst bei Erhalt der beiden Standorte Mannheim und Berlin. Hierfür sprach sich auch ein Mitglied des Wissenschaftsrats, Wolfgang Klein, in einem Gutachten aus.²⁵ In diesem Sinne fasste das Kuratorium des IDS anlässlich der Jahrestagung 1991 eine vom Institutsvorstand entworfene EntschlieÙung, die an die Behörden und den Wissenschaftsrat gerichtet und auch der Presse übergeben wurde. An der Evaluation des ZISW durch den Wissenschaftsrat, die dann anlief, war das IDS jedoch nicht beteiligt.

Der Wissenschaftsrat kam in seiner Stellungnahme²⁶ zu dem Ergebnis, dass „die Zahl der hochqualifizierten, unbedingt förderungswürdigen Arbeitsgruppen, Projekte und Wissenschaftler im Zentralinstitut für Sprachwissenschaft besonders hoch“ sei, sprach sich aber gegen die damals so genannte ‚Tandemlösung‘ aus, das heißt, gegen die Erhaltung einer Berliner Forschungsstelle für deutsche Sprache in Verbindung mit dem IDS. Stattdessen wurde dem IDS empfohlen, 20 bis 25 Wissenschaftler des ZISW nach Mannheim zu übernehmen. Dem Institut blieb daraufhin zunächst die Aufgabe, in Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien von Bund und Land

²⁴ Hierzu Herberg/Stickel (1992).

²⁵ Hierzu Grosse (2007, 54f.). Siehe dort auch seine ausführliche Darstellung der Ereignisse, die zur Übernahme von Mitarbeitern des ZISW an das IDS führten.

²⁶ Wissenschaftsrat (1982, darin zum ZISW S. 193-321).



Abb. links: G. Stickel unterzeichnet den Mietvertrag für das neue Institutsgebäude in den Mannheimer Quadraten



Abb. Mitte und rechts: Einweihung des neuen Institutsgebäudes



die finanziellen Voraussetzungen für die Übernahme von Berliner Kolleginnen und Kollegen zu erreichen. Dies gelang weitgehend. Mit Wirkung zum 1. Januar 1992 konnten 22 zusätzliche Planstellen für Wissenschaftler und drei weitere für nichtwissenschaftliche Angestellte eingerichtet werden. Schon im Herbst 1991 führten die beiden Direktoren des IDS zusammen mit dem damaligen Direktor des ZISW ausführliche Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Berliner Instituts, die sich an einer Versetzung nach Mannheim interessiert zeigten.

Anstelle des angestrebten Verbunds von zwei räumlich getrennten Teilinstituten kam es also zu einer ‚Vereinigung‘ von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beider Einrichtungen im IDS in Mannheim. Erheblich erleichtert wurde dies durch die Fertigstellung des neuen Institutsgebäudes im Frühjahr 1992. Die langwierigen Bemühungen um eine angemessene Unterkunft des Instituts, das auf angemietete Räume in drei Häusern verteilt war, hatten schon einige Jahre vorher begonnen, also zu einer Zeit, als an die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und eine Vergrößerung des Mannheimer Instituts durch den Zuwachs aus Berlin noch gar nicht zu denken gewesen war. Mit dem konkreten Umbau des halbruinösen Gebäudes im Quadrat R 5 der Mannheimer Innenstadt zu dem heutigen Institutsgebäude war auch schon vor der ‚Wende‘ begonnen worden. Dass dann die Bauarbeiten rechtzeitig vor dem Einzug auch der Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgeschlossen werden konnten, war ein glücklicher Zufall.

Das erweiterte Institut

Wie sich ein ‚Tandem-Institut‘ für deutsche Sprache entwickelt hätte, lässt sich schwer sagen. Aus dem zeitlichen Abstand von mehr als zwei Jahrzehnten und nach Erfahrungen mit anderen räumlich getrennten Teilinstituten ist aber zu vermuten, dass – abgesehen von den erheblichen Mehrkosten – die erwogenen Berliner und Mannheimer Institutsteile für lange Zeit ein Ost- und

ein Westinstitut geblieben wären, falls nicht von Anfang an für einen Personalaustausch und häufige Reisemöglichkeiten zwischen beiden Standorten gesorgt worden wäre. Die vor allem finanziell bedingte Entscheidung für nur einen Standort führte dazu, dass im neuen Mannheimer Institutsgebäude bald „zusammensitzt, was zusammen gehört“, wie das damals von Mannheimer wie von ehemals Berliner Mitarbeitern in Abwandlung eines Ausspruchs von Willy Brandt gesagt wurde. Zum Ende des Jahres 1992 hatte das Institut 110 Mitarbeiter, von denen nur 6 mit befristeten Projektmitteln beschäftigt wurden. An dieser Personalstärke änderte sich in den folgenden zwölf Jahren nur wenig. Erst mein Nachfolger konnte das Institut weiter ausbauen.

Der personelle Zuwachs aus Berlin ermöglichte es, das Aufgabenspektrum des Instituts zu erweitern und damit auch zu ergänzen. Die strikte Beschränkung auf die Gegenwartssprache, die durch die gegenwartsbezogene Synchroniebegeisterung der Gründerjahre bestimmt gewesen war, hatte schon früher Kritik erfahren. Peter v. Polenz wies in seinem Resümee der Jahrestagung 1978 (Mentrup 1979, S. 317) schon darauf hin, dass eine strikte Trennung von Synchronie und Diachronie für die Untersuchung und Beschreibung der Gegenwartssprache hinderlich sei. In Gesprächen mit Kuratoriumsmitgliedern wie Heinz Rupp, Siegfried Grosse, Helmut Henne und anderen wurde häufig geäußert, dass man für ein Verständnis des heutigen Deutsch bis ins 18. Jahrhundert zurückgehen müsse und dass die Sprachgeschichte im 19. Jahrhundert, anders als frühere Zeiten, nur ungenügend erforscht sei. In meinem Grundsatzreferat auf der Jahrestagung 1989 habe ich Entsprechendes angemerkt (Stickel 1990, S. 374). Zustimmung gab es auch von mehreren Kollegen aus dem Institut. Wichtig war die Jahrestagung 1990 über *Das 19. Jahrhundert* mit dem Eröffnungsbeitrag von Siegfried Grosse (Wimmer (Hg.) 1991 S. 8-11). Zwei Jahre später, nach der personellen Erweiterung des Instituts, wurde die Satzung entsprechend angepasst. Die allgemeine Zweckbestimmung des IDS lautet nun in der Neufassung der Satzung von 1992:

Die Stiftung (d.h. das IDS) verfolgt den Zweck, die deutsche Sprache in ihrem gegenwärtigen Gebrauch und in ihrer neueren Geschichte wissenschaftlich zu erforschen und zu dokumentieren. (Born/Stickel 1993, S. 335)

Diese Aufgabenbestimmung wurde unverändert in die späteren Fassungen der Institutsatzung übernommen. Dank sprachhistorisch erfahrener Berliner Kollegen unter den neuen Mitarbeitern des Instituts konnten entsprechende Forschungen in das Programm des IDS aufgenommen werden. Die neue Satzung erlaubte auch eine geänderte organisatorische Gliederung. An die Stelle der bisherigen drei festen Forschungsabteilungen traten nun „Forschergruppen“, die zu sechs kleinen Abteilungen zusammengefasst waren. Zwei davon waren

mit diachronischen Themen befasst.²⁷ Diese noch unerprobte Struktur wurde aber schon einige Jahre später wieder geändert, weil sich Nachteile auch für die Kooperation thematisch verwandter Vorhaben zeigten. Dazu unten mehr.

In den folgenden Jahren war das Institut nicht mehr durch wirtschaftliche Probleme belastet. Die starke personelle Erweiterung nach der ‚Wende‘ half, die wissenschaftlichen Aktivitäten des IDS insgesamt weiter zu stärken, wie sich den damaligen Jahrbüchern und auch den entsprechenden Berichten in diesem Band entnehmen lässt. Das IDS war nun endgültig zur zentralen wissenschaftlichen Einrichtung für die Erforschung und Dokumentation der dominanten Sprache im vereinten Deutschland geworden.²⁸ Die Integration der Wissenschaftler aus dem dann ‚ehemaligen‘ Berliner Zentralinstitut für Sprachwissenschaft trug mittelbar auch dazu bei, die Förderung des Instituts bei den zuständigen staatlichen Stellen selbstverständlicher zu machen, das heißt, nicht mehr alljährlich in Frage stellen zu lassen.

Intermezzo: Die Rechtschreibreform

In den 80er und 90er Jahren war das IDS zeitweise mit einem Thema befasst, das eher in einen linguistischen Nebenbereich der Institutsaufgaben gehörte, außer mir aber auch andere Mitarbeiter intensiv beschäftigte sowie eine Kommission des Instituts, die mehrheitlich aus externen Experten bestand.²⁹ Es waren die Bemühungen um eine Neuregelung der deutschen Rechtschreibung, die meist so genannte Rechtschreibreform.³⁰ Mit dem Inhalt der Neuregelung und ihrer Begründung hatte ich nur marginal zu tun, dafür als rechtlicher Vertreter des IDS umso mehr mit den juristischen und öffentlichen Auseinandersetzungen um die Neuregelung.

1984 drängte ich auf Auflösung eines Vertrags, der schon kurz nach der Gründung des Instituts mit dem Verlag Bibliographisches Institut, dem ‚Dudenverlag‘, geschlossen worden war. Er sicherte dem Verlag das ausschließliche Nutzungsrecht an allen Ergebnissen des IDS im Bereich der Rechtschreibforschung zu und schränkte so die Wirkungsmöglichkeiten der Rechtschreibkommission des Instituts ein, die wiederholt Vorschläge zur

²⁷ Siehe das Organigramm in Born/Stickel (1993, S. 323).

²⁸ Ich vermeide hier Ausdrücke wie *Nationalsprache* und *offizielle Sprache*, weil sich das IDS nie auf den Gebrauch des Deutschen als Amtssprache deutscher Behörden und Gerichte beschränkt hat.

²⁹ Eine Kommission für Fragen der deutschen Rechtschreibung gab es in unterschiedlicher personeller Zusammensetzung und Thematik schon seit der Institutsgründung. Sie agierte aber bis Anfang der 80er Jahre wenig bemerkt neben den anderen Aktivitäten des IDS.

³⁰ Eine sehr detaillierte Darstellung der neueren Geschichte der Reformbemühungen unter Beteiligung des IDS bis zur offiziellen Einführung der Neuregelung 2006 bieten Mentrup/Bankhardt (2007).

Reform der geltenden orthografischen Norm vorlegte.³¹ Dank der Kompromissbereitschaft der Verlagsleitung wurde diese Vereinbarung, die als eine Art Knebelvertrag formuliert war, durch einen ‚Goodwill-Vertrag‘ ersetzt, in dem in allgemeiner Form die „Zusammenarbeit im Bereich der Erforschung und Dokumentation der deutschen Sprache“ vereinbart wurde.³² 1987 erhielt das IDS mit seiner Rechtschreibkommission vom Bundesinnenministerium und der Kultusministerkonferenz den Auftrag, Vorschläge für eine Neuregelung der deutschen Rechtschreibung zu erarbeiten und vorzulegen.³³ Wie schon früher publizierte Reformideen wurden auch diese Vorschläge der Kommission in der germanistischen Szene wie in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert.

Auch die 90er Jahre waren durch die zum Teil heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen über die Neuregelung und ihre abgestuften Versionen bestimmt. Weil die Reformvorschläge von der Rechtschreibkommission des IDS ausgingen, die sich mit entsprechenden Gruppen aus den anderen deutschsprachigen Ländern zu einem Internationalen Arbeitskreis verbunden hatte, richtete sich die immer wieder aufflammende Kritik an dem Reformvorhaben vor allem an die Kommission mit ihrem Vorsitzenden Gerhard Augst (Universität Siegen), aber auch an den Institutsvorstand. Neben Interviews, Pressemitteilungen und Vorträgen hatte ich in den Rechtsstreitigkeiten mit den Reformgegnern wiederholt Stellungnahmen abzugeben bis hin zu der gemeinsam mit Wolfgang Mentrup verfassten Stellungnahme, die das Bundesverfassungsgericht vor seiner abschließenden Entscheidung im Sinne der Reform anforderte.³⁴ In den öffentlichen Auseinandersetzungen, die auch nach der offiziellen Einführung der reformierten Rechtschreibung ab 1996 und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1997 noch einige Jahre weitergingen, war das IDS weiter gefordert. Der damit verbundene Aufwand ging aber mit dem nachlassenden Interesse der Medien an dem Thema spätestens nach Ende der Übergangsfrist 2006 zurück. Wegen der verbreiteten Hochschätzung der Rechtschreibung war es mir ‚institutspolitisch‘ wichtig, die fachliche Instanz für die Fortschreibung der orthografischen Norm mit dem IDS zu verbinden. Dies gelang trotz zeitweiligem Widerstand einzelner Mitglieder des Kuratoriums.

³¹ Vertrag vom 19.7.1964. Bezeichnend ist, dass die verschiedenen Auflagen des Rechtschreibbuchs bis 1980 den Untertitel *Im Einvernehmen mit dem Institut für deutsche Sprache* trugen. Dieses Einvernehmen wurde freilich nie hergestellt.

³² Vertrag vom 18./21.12.1984.

³³ Gemeinsames Schreiben des BMI und der KMK vom 19.2.1987. Der Auftrag wurde 1991 erneuert.

³⁴ Stellungnahme des IDS vom 10.11.1997; Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1BVR 1640/97 vom 14.7.1998.

Die im Auftrag staatlicher Stellen der deutschsprachigen Länder tätige Kommission mit Experten aus allen deutschsprachigen Ländern und Regionen kam am 25.3.1997 zu ihrer konstituierenden Sitzung am IDS zusammen. Dort wurde auch ihre Geschäftsstelle eingerichtet. Dies gilt auch für das Nachfolgegremium, den *Rat für die deutsche Rechtschreibung*, der im Dezember 2004 die Rechtschreibkommission ablöste; auch er hat bis heute seine Geschäftsstelle am IDS.³⁵ Dieser Rat und seine Geschäftsstelle könnten auch beispielhaft werden für eine offizielle sprachpolitische Zusammenarbeit der deutschsprachigen Staaten und Regionen, die über die Rechtschreibung hinausgeht und die ich mir für die weitere Entwicklung der deutschen Sprache im Kontext des vielsprachigen Europas wünsche.

Bis zur Amtsübergabe

Vier Jahre nach der Erweiterung des Instituts durch den personellen Zuwachs aus dem Berliner ZISW hatte das IDS eine folgenreiche Prüfung zu bestehen. Sie führte zu der Organisationsstruktur, die das Institut auch heute noch hat. In staatlichem Auftrag befasste sich 1996 wieder einmal der Wissenschaftsrat mit dem Institut. Dabei ging es vor allem darum, die wissenschaftliche Produktivität und in diesem Zusammenhang auch die Organisation des erweiterten Instituts zu evaluieren. Das Institut hatte sich ausführlich zu einem detaillierten Fragenkatalog zu äußern und wurde von einer Gruppe externer Experten ‚begangen‘. In seiner Stellungnahme kam der Wissenschaftsrat zu einem erfreulichen abschließenden Gesamturteil, in dem es unter anderem heißt: „Die Qualität der Forschung des IDS wird insgesamt positiv beurteilt. Die Aufgaben des Instituts sind überregional bedeutsam, und es besteht ein gesamtstaatliches Interesse an ihnen.“³⁶

Kritik wurde aber an Teilen der Organisation des Instituts geübt.³⁷ Die erst wenige Jahre zuvor eingeführte Gliederung in Forschergruppen, die zu sechs kleinen Abteilungen zusammengefasst waren, wurde im Hinblick auf die interne Kommunikation und die längerfristigen Aufgaben bemängelt und dies auch in Bezug auf die angestrebte künftige Gewinnung leitender Wissenschaftler, die mit der Universität Mannheim in einem gemeinsamen Verfahren als Professoren berufen werden sollten. Bemängelt wurde auch die unscharfe Abgrenzung zwischen den Funktionen der Aufsichtsebene und den Kompetenzen der Leitung des Instituts. Die Vorschläge zur Umorganisation wurden von den staatlichen Finanziers des IDS durchaus als nachdrückliche Empfehlung gesehen. Sie waren für die Mehrzahl der damaligen

³⁵ Näheres hierzu in dem Beitrag von Güthert in diesem Band.

³⁶ Wissenschaftsrat (1996, S. 6).

³⁷ Ebd. (S. 30f.).

Mitglieder des Kuratoriums und für mich auch einleuchtend. Bei anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der damaligen „Blauen Liste“, der späteren Leibniz-Gemeinschaft, der das IDS angehörte, gab es zudem Beispiele für klarere und effizientere Organisationsformen. Es kam also wieder einmal zu einer geänderten Satzung und einem entsprechenden organisatorischen Umbau.

Wie an den Vorgängerversionen seit 1984 konnte ich an der Vorbereitung und dem Entwurf der Satzung von 1997³⁸ mitschreiben. Diese Satzung wurde trotz der Bedenken mehrerer Kuratoriumsmitglieder, aber mit wirksamer Unterstützung des damaligen Kuratoriumspräsidenten Friedhelm Debus beschlossen. Mir ging es wie vielen meiner Institutskolleginnen und -kollegen darum, die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Institutsorgane deutlicher zu bestimmen. Trotz früherer Satzungsänderungen war über Jahre hin die Abgrenzung zwischen den Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Direktoren bzw. des Direktors und denen des Kuratoriums, insbesondere seines Vorsitzenden, unklar und umstritten geblieben. Ein Problem der älteren Versionen bestand unter anderem auch darin, dass wichtige Entscheidungen sowohl von den Mitarbeitervertretungen wie auch vom Kuratorium mehrheitlich gefällt werden konnten, aber die persönliche, vor allem auch rechtliche Verantwortung für die getroffenen Entscheidungen allein von dem jeweiligen Direktor zu tragen war.³⁹

Die neue Satzung sah anstelle des *Kuratoriums* mit seinen gemischten Kompetenzen einen *Stiftungsrat* als administratives Aufsichtsorgan vor und als wissenschaftliches Beratungs- und Evaluationsorgan einen *Wissenschaftlichen Beirat*. Hinzu kam anstelle des hypertroph gewordenen *Wissenschaftlichen Rats* mit seinen über 130 Mitgliedern ein *Internationaler Wissenschaftlicher Rat* mit einer Begrenzung auf 60 Mitglieder. Die früheren sechs Abteilungen des Instituts mit ihren Forschergruppen wurden zu drei forschungsthematisch bestimmten größeren Einheiten zusammengefasst: die Abteilungen *Grammatik*, *Lexik* und *Pragmatik*. Beibehalten wurden die zentralen Arbeitsstellen *Öffentlichkeitsarbeit und Dokumentation*, *Linguistische Datenverarbeitung* und *Verwaltung*. Anstelle einer ‚Doppelspitze‘ aus zwei Direktoren, die es von 1965 bis 1976 und von 1982 bis 1994 gegeben hatte,⁴⁰ wurde ein *Vorstand* aus einem Direktor und einem der Abteilungsleiter als Stellvertreter festgeschrieben.⁴¹

³⁸ Abgedruckt u.a. in Kämper/Schmidt (1998, 440-446).

³⁹ Dies war auch einer der Gründe für den Rücktritt meines Vorgängers. Mir wurde nach meiner Bestellung zum Direktor 1976 geraten, eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Drei Versicherungen zeigten sich interessiert und baten um Übersendung der Institutssatzung, um mir dann alle mitzuteilen, dass sie einen Direktor mit Rechten und Pflichten nach dieser Satzung nicht versichern könnten.

⁴⁰ Von 1995 bis 1996 war Hartmut Günther stellvertretender Direktor und wechselte dann an die Universität Köln.

⁴¹ Stellvertreter des Direktors war ab 1997 der Leiter der Abteilung Pragmatik Werner Kallmeyer.

Die neue Satzung – es war schon die elfte seit der Institutsgründung – hielt unverändert bis 2008 und damit länger als alle zehn Vorgängerversionen. Die dann folgenden Satzungsversionen wurden nur in wenigen Detailpunkten gegenüber der Fassung von 1997 geändert, die durch die von außen vorgegebene Umstellung der Budgetierung und der Vergütungstarife und durch eine stärkere Einbindung des Instituts in die Leibniz-Gemeinschaft bedingt waren. 1998 wurde mit der Universität Mannheim ein Kooperationsvertrag geschlossen, in dem die künftige gemeinsame Berufung von leitenden Wissenschaftlern, d.h. dem Direktor und den Abteilungsleitern des IDS, vereinbart wurde.⁴² Er ersetzte eine schon aus der Gründerzeit des Instituts stammende Vereinbarung, die u.a. Mitarbeitern des IDS ermöglichte, Lehrveranstaltungen an der Universität abzuhalten. Der neue Vertrag schrieb dies fort und bot zudem schon im selben Jahr die rechtliche Grundlage dafür, dass in einem ersten gemeinsamen Berufungsverfahren mit der Universität Gießen Gisela Zifonun für die Leitung der Abteilung Grammatik gewonnen werden konnte. Auf der Grundlage dieses Vertrags wurde 2002 auch der neue Direktor berufen und in den folgenden Jahren die derzeitigen Abteilungsleiter des Instituts.

Zum 1. Oktober 2002 konnte ich meinem Nachfolger „ein wohlbestelltes Haus“ übergeben, wie das der damalige baden-württembergische Wissenschaftsminister Peter Frankenberg zur Amtseinführung von Ludwig Eichinger sagte. Aus heutiger Sicht kann ich das eher für meine Bemühungen um die strukturellen und materiellen Bedingungen der Institutsarbeit annehmen, d.h. die Organisation und die wirtschaftlichen Verhältnisse. An der Planung der wissenschaftlichen Arbeiten des Instituts war ich zwar 26 Jahre lang beteiligt, konnte aber nur an wenigen Vorhaben inhaltlich mitwirken. Neben manchem, das mir gelang – meist in Kooperation mit anderen –, ist mir die Konzentration der wissenschaftlichen Aktivitäten des IDS auf einige wenige große Forschungs- und Dokumentationsaufgaben bis zu meinem Ausscheiden nur teilweise gelungen. Da fast jede und jeder der im Institut tätigen Wissenschaftler eigene Forschungsideen und Lieblingsthemen haben – was für die gemeinsame Arbeit sehr stimulierend sein kann –, bleibt das Bemühen um die Bündelung der Kräfte für eine überschaubare Anzahl großer wichtiger Vorhaben wohl eine Daueraufgabe, aber nicht nur für den Direktor.

Literatur

- **Born, Joachim/Stickel, Gerhard** (Hg.) (1993): Deutsch als Verkehrssprache in Europa. (= Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1992). Berlin/New York.

- **Biere, Bernd Ulrich** (Red.) (1989): Institut für deutsche Sprache – 25 Jahre. 2. korr. Aufl. Mannheim.
- **Grosse, Siegfried** (1990): 25 Jahre Institut für deutsche Sprache. In: Stickel (Hg.), S. 21-29.
- **Grosse, Siegfried** (2007): Die Erweiterung des IDS als Folge der politischen Wende 1989. In: Kämper/Eichinger (Hg.), S. 43-59.
- **Herberg, Dieter/Stickel, Gerhard** (1992): Gesamtdeutsche Korpusinitiative – ein Dokumentationsprojekt zur Sprachentwicklung 1989/90. In: Deutsche Sprache 20, S. 185-192.
- **Kämper, Heidrun/Eichinger, Ludwig M.** (Hg.) (2007): Sprach-Perspektiven. Germanistische Linguistik und das Institut für Deutsche Sprache. Tübingen.
- **Kämper, Heidrun/Schmidt, Hartmut** (1998): Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte. (= Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache 1997). Berlin/New York.
- **Mentrup, Wolfgang** (Hg.) (1979): Fachsprachen und Gemeinsprache. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1978. Düsseldorf.
- **Mentrup, Wolfgang/Bankhardt, Christina** (2007): Bemühungen um eine Reform der amtlichen Regelung der Orthographie. In: Kämper/Eichinger (Hg.), S. 177-202.
- **Stickel, Gerhard** (1977): Schwierigkeiten, das Institut für deutsche Sprache zu erhalten – Memorandum zur Situation des IdS. Mannheim.
- **Stickel, Gerhard** (Hg.) (1990): Deutsche Gegenwartssprache – Tendenzen und Perspektiven. (= Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1989). Berlin/New York.
- **Stickel, Gerhard** (2007): Die Gründerjahre des IDS. In: Kämper/Eichinger (Hg.), S. 23-42.
- **Weber, Max** (1919): Politik als Beruf. München/Leipzig.
- **Wimmer, Rainer** (Hg.) (1985): Sprachkultur. Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1984. Düsseldorf.
- **Wimmer, Rainer** (Hg.) (1987): Sprachtheorie – Der Sprachbegriff in Wissenschaft und Alltag = Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1986. Düsseldorf.
- **Wimmer, Rainer** (Hg.) (1991): Das 19. Jahrhundert – Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. (= Jahrbuch des Instituts für deutsche Sprache 1990). Berlin/New York.
- **Wissenschaftsrat** (1966): Stellungnahme zum Institut für Deutsche Sprache in Mannheim vom 21.10.1966. In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen aus den Jahren 1956 bis 1971, Köln 1978, S. 24f.
- **Wissenschaftsrat** (1971): Stellungnahme zur Errichtung eines Instituts zur Erforschung der deutschen Sprache vom 23. Juli 1971. In: Wissenschaftsrat: Empfehlungen und Stellungnahmen aus den Jahren 1958 bis 1971, Köln 1978, S. 139ff.
- **Wissenschaftsrat** (1980): Stellungnahme zum Institut für deutsche Sprache vom 4. Juli 1980. In: Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu geisteswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen, Köln o.J., S. 9ff.
- **Wissenschaftsrat** (1992): Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften, Köln.
- **Wissenschaftsrat** (1996): Stellungnahme zum Institut für deutsche Sprache (IDS), Mannheim, Drs. 2628/96, Berlin 12.7.1996, Geschäftsstelle des WR, Berlin.